

Stellungnahme | 19.11.2024

**Clean Industrial Deal -  
Notwendige Maßnahmen für eine wettbewerbsfähige  
und nachhaltige Stahlindustrie**



Die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Industrie ist zentrales Leitbild der zweiten Amtszeit von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. In ihren *Politischen Leitlinien* hat sie einen *Clean Industrial Deal* angekündigt, mit dem die Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Industrie verbessert werden sollen. Insbesondere ein *Industrial Decarbonisation Accelerator Act* soll als Rechtsakt die Industrie während ihres Umbaus zur Klimaneutralität unterstützen. Den *Mission Letters* der Kommissionspräsidentin ist zu entnehmen, dass ein konkreter *Steel and Metals Action Plan* erarbeitet werden soll.

Einen wichtigen Weckruf stellt der Bericht von Mario Draghi zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit dar. Dieser enthält umfassende und konkrete Empfehlungen für eine grundlegende Neuausrichtung der Industrie- und Handelspolitik für die kommenden Jahre. Gerade der energieintensiven Industrie wird darin eine unverzichtbare Rolle für die europäische Volkswirtschaft zugestanden. Gleichzeitig attestiert der Bericht den Grundstoffindustrien nie dagewesene Herausforderungen. Insbesondere gilt dies für die Stahlindustrie – einer Schlüsselbranche, die Basis nahezu aller industriellen Wertschöpfungsketten und zentraler Baustein der europäischen Resilienz sowie entscheidender Hebel für die Erreichung der Klimaziele ist. Die vorgeschlagenen Lösungsansätze Draghis – insbesondere die handelspolitische Absicherung der Transformation, die Senkung der Energiepreise und die Etablierung von Grünen Leitmärkten (*lead markets*) – sollten daher konsequent in die zukünftige Agenda der Europäischen Kommission aufgenommen werden. In einem ersten Schritt sollten dabei die öffentlichen Beschaffungsrichtlinien konsequent auf den Einkauf von nachhaltigen und CO<sub>2</sub>-armen Materialien ausgerichtet werden.

Der *Clean Industrial Deal* muss aus Sicht der Stahlindustrie die dringend benötigte industriepolitische Ergänzung des *European Green Deal* werden. In der gegenwärtigen Situation, in der wichtige Industrieländer offensive Industriepolitik betreiben und die Notwendigkeit von Investitionen in die Transformation auf einen intensiven globalen Wettbewerbsdruck stößt, muss die neue Europäische Kommission die internationale Wettbewerbsfähigkeit mit höchster Priorität behandeln. Nur so können die europäischen Klimaziele erreicht und zugleich eine starke Industrie in der Europäischen Union (EU) erhalten bleiben.

Aus Sicht der Stahlindustrie ist es notwendig, dass bei der Reform der öffentlichen Beschaffungsrichtlinien wie auch bei staatlichen Förderungen und Ausschreibungen *Local-Content*-Anforderungen für Stahl *Made in Europe* etabliert werden. Insbesondere ist sicherzustellen, dass mit der Bildung von Leitmärkten sowohl die Resilienz des Industriestandorts als auch die Transformation der EU-Grundstoffindustrie zur Klimaneutralität unterstützt wird.

Als Teil des *Clean Industrial Deal* bedarf es eines europäischen Aktionsplans für wettbewerbsfähigen Stahl *Made in Germany & Europe*, der konkrete und verbindliche Maßnahmen sowie Meilensteine zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Sicherung der Transformation der europäischen Stahlindustrie enthält. Deshalb müssen aus den von Ursula von der Leyen angeregten Initiativen, wie dem *Steel and Metals Action Plan* und dem Draghi-Bericht konkrete sektorspezifische legislative Vorschläge folgen.

# Im Einzelnen:

## Außenhandelspolitik

**Herausforderungen:** Die Situation im Außenhandelsbereich, die sich in den vergangenen Monaten durch rasant ansteigende Stahlexporte aus Asien und insbesondere aus China weiter zugespitzt hat, belastet die Unternehmen stark. Seit vielen Jahrzehnten ungebremst wachsende nicht-marktwirtschaftliche Überkapazitäten, vor allem in der kohlebasierten Hochofenroute, werden auch zukünftig eine große Herausforderung für den europäischen Markt darstellen, auf die bislang keine ausreichende Antwort gefunden wurde.

**Vorgesehene Maßnahmen im Rahmen des *Clean Industrial Deal*:** Es ist positiv hervorzuheben, dass Ursula von der Leyen vorhat, Handelsschutzinstrumente anzuwenden und weiterzuentwickeln, damit europäische Unternehmen unter fairen Bedingungen am Wettbewerb teilnehmen können. Dies hat Maroš Šefčovič in seiner Anhörung als Kommissar für Handel und wirtschaftliche Sicherheit bestärkt, indem er betonte, dass die Industrie schnelle und effektive Entlastung bei nicht-marktwirtschaftlichen Überkapazitäten, gedumpten oder subventionierten Importen sowie negativen Spill-over-Effekten erhalten müsse. Mario Draghi weist zudem zutreffend insbesondere auf die Schwachstellen des CBAM hin. Er mahnt hinsichtlich der auslaufenden EU-Safeguards im Juni 2026 an, dass die Kommission strukturelle Lösungen vorbereiten sollte.

**Standpunkt der Stahlindustrie:** Die außenhandelspolitische Absicherung der vulnerablen Phase der Transformation ist essenziell für die Stahlindustrie in Deutschland und der EU. Hierfür muss die EU handelspolitisch umsteuern und sich an die neuen Realitäten anpassen. **Resilienz und wirtschaftliche Sicherheit müssen zu Leitmotiven werden.** Die handelspolitischen Maßnahmen müssen umgehend von der Europäischen Kommission ergriffen werden.

- Das Problem der globalen Überkapazitäten muss dringend adressiert werden, indem zügig ein Nachfolgesystem für die 2026 auslaufenden EU-Safeguards geschaffen wird. Zudem sollte die Wirksamkeit der bestehenden Safeguard-Regelungen kurzfristig verbessert werden.
- Aus Sicht der Stahlindustrie braucht es dringend Verbesserungen bei der Anwendung der bestehenden EU-Handelsschutzinstrumente (Antidumping, Antisubvention). Die im Rahmen des WTO-Rechts eingeräumten Ermessensspielräume sollten insbesondere auch mit Blick auf die aktuelle handelspolitische Situation ausgenutzt werden. Die Anwendung der *Lesser Duty Rule* sollte für Sektoren mit strukturellen Marktverzerrungen wie Stahl umgehend ausgesetzt werden.
- Zudem brauchen die Unternehmen einen effektiven Schutz vor Carbon Leakage – über den *Carbon Border Adjustment Mechanism* (CBAM). Die Schwachstellen des 2026 scharf geschalteten CBAM müssen umgehend behoben werden. Dazu zählt die Schaffung einer Lösung für Stahlexporte in Drittländer, eine Ausweitung des CBAM-Anwendungsbereichs auf weiterverarbeitete Stahlprodukte, die Verhinderung von Umgehungsstrategien sowie der gezielten Umlenkung von Handelsströmen in die EU.

- Hinzu kommt, dass die europäische Handelspolitik vor dem Hintergrund veränderter geopolitischer Zusammenhänge und strategischer Handels- und Industriepolitiken in den USA und China generell neu ausgerichtet werden muss, um strategische Autonomie und Resilienz zu wahren.

## Energiepolitik

**Herausforderungen:** Die im internationalen Vergleich deutlich zu hohen Energie- und insbesondere Strompreise sind eine der zentralen Belastungen, mit denen energieintensive und in der Transformation stehende Grundstoffindustrien wie der Stahl konfrontiert sind. Sie sind eine existenzielle Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und zudem ein massives Hemmnis für Investitionen in die Transformation, die auf Elektrifizierung und Wasserstoff beruhen.

**Vorgesehene Maßnahmen im Rahmen des *Clean Industrial Deal*:** Aus den *Mission Letters* der Kommissionspräsidentin an den designierten Energiekommissar geht hervor, dass dieser einen Aktionsplan für erschwingliche Energiepreise und eine Investitionsstrategie sowie einen Vorschlag zum beschleunigten Ausbau für saubere Energien in Europa erstellen soll.

**Standpunkt der Stahlindustrie:** Dies ist zu begrüßen, denn Lösungen für den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien und für wettbewerbsfähige Strompreise müssen einen Schwerpunkt in einem *Clean Industrial Deal* bilden. Dazu sollten die im Bericht von Mario Draghi enthaltenen Vorschläge über die Möglichkeit der Einführung von temporären Strompreiserleichterungen weiter konkretisiert und umgesetzt werden:

- So sollten in die vorgeschlagene gemeinsame Obergrenze für Steuern und Abgaben insbesondere auch Netzentgelte einbezogen werden, sowie auch Umlagen zur Finanzierung weiterer energiewendebedingter Infrastrukturkomponenten oder Kapazitätsmechanismen, die zu erheblichen zusätzlichen Kostenbelastungen der industriellen Verbraucher führen. Alternativ müssten Begrenzungen dieser Komponenten für im internationalen Wettbewerb stehende energieintensive Grundstoffindustrien in den beihilferechtlichen Leitlinien ermöglicht werden.
- Weiterhin sollte auch der Vorschlag geprüft werden, die Versorger zur Lieferung eines Anteils ihrer öffentlich subventionierten Produktion über *Power Purchase Agreements (PPAs)* zu wettbewerbsfähigen Preisen an bestimmte, im internationalen Wettbewerb stehende Industrien zu verpflichten. Dies sollte in Form von staatlich administrierten Lösungen, wie etwa Pool-Lösungen, erfolgen, in die auch Back-Up-Kapazitäten zur Absicherung der Stromverfügbarkeit in sonnen- und windschwachen Zeiten einbezogen werden müssten. Für PPAs sollte dabei auch über größere Entfernungen hinweg eine Netzentgeltbefreiung ermöglicht werden.
- Dass laut dem Draghi-Bericht die Kommission zusätzlich auch Guidelines zur Harmonisierung der Möglichkeiten für temporäre Strompreiserleichterungen über angepasste staatliche Beihilferegelungen für die energieintensiven Industrien erarbeiten soll, falls die sonstigen Instrumente unwirksam sind, ist ebenfalls zielführend: Die EU sollte ihren Mitgliedstaaten europarechtlich ermöglichen,

zusätzliche und zeitlich begrenzte Entlastungsmechanismen, wie Industriestrompreise und Netzentgeltbefreiungen, zu etablieren.

- Eine Strategie für die Entwicklung & Finanzierung strategischer EU-weiter Infrastrukturen ist zu unterstützen, um die Stromnetze sowie die Pipelineinfrastruktur für Wasserstoff und auch CO<sub>2</sub> konsequent über Landesgrenzen hinaus auszubauen, um einen echten europäischen Binnenmarkt zu schaffen.
- Eine durch die EU-Kommission umzusetzende und fundamental wichtige Maßnahme für wettbewerbsfähige Strompreise ist schließlich die Fortführung der ETS-Strompreiskompensation über 2030 hinaus - denn deren Bedingungen werden von der EU-Kommission in ihren ETS-Beihilfeleitlinien vorgegeben. Entscheidend dabei ist, dass auf weitere Abschmelzungen der Kompensationshöhe verzichtet wird. Zudem sollte die Strompreiskompensation von den bürokratischen Auflagen durch die ökologischen Gegenleistungen befreit werden.

## **Wasserstoff**

**Herausforderungen:** Der Wasserstoffhochlauf sowie der Ausbau der dazugehörigen Infrastruktur sind zuletzt ins Stocken geraten. Insbesondere grüner Wasserstoff ist absehbar nicht wettbewerbsfähig. Dazu tragen auch die komplexen Regulierungsvorgaben in der Europäischen Union bei.

**Vorgesehene Maßnahmen im Rahmen des *Clean Industrial Deal*:** Die drängenden Herausforderungen werden in den Mission Letters von Ursula von der Leyen nicht ausreichend adressiert. Sie werden jedoch im Draghi-Bericht aufgegriffen.

### **Standpunkt der Stahlindustrie:**

- Mario Draghi weist auf den wichtigen Punkt der Komplexitätsreduktion bei der Definition, Implementierung und dem Monitoring von kohlenstoffarmem und grünem Wasserstoff hin und empfiehlt, den Markthochlauf pragmatisch mit dem Ziel der Emissionsminderung zu verfolgen. Tatsächlich werden pragmatischere Kriterien für die Definition von erneuerbarem und kohlenstoffarmem Wasserstoff benötigt, um das Angebot zu steigern und die Kosten zu senken – sowie die Anerkennung des Einsatzes von Erdgas als Zwischenschritt zur CO<sub>2</sub>-Reduktion, solange ausreichende Mengen an bezahlbarem Wasserstoff noch nicht zur Verfügung stehen.
- Entsprechend sollten die Vorschriften der EU für die Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff 2025 so überarbeitet werden, dass größere Mengen zu wettbewerbsfähigeren Preisen zur Verfügung stehen. Hierzu sollten mindestens die vorgesehenen Übergangsfristen für die Anwendung strenger Vorgaben hinsichtlich Zusätzlichkeit und Zeitgleichheit bis Ende der 2030er Jahre verlängert werden.
- Die in Arbeit befindlichen Vorschriften für CO<sub>2</sub>-armen Wasserstoff müssen so ausgestaltet werden, dass in der Markthochlaufphase flexible Regelungen gelten, die eine wettbewerbsfähige Versorgung der Industrie ermöglichen. Auf kostentreibende Vorschriften sollte aufgrund des stockenden Wasserstoffmarkthochlaufs in der gesamten EU unbedingt verzichtet werden.

- Draghi empfiehlt, Mindestmengen von Wasserstoff für die energieintensive Industrie bereitzustellen. Die Mitgliedstaaten sollen hierfür deshalb die Einnahmen aus den ETS-Zertifikaten verwenden. Dies sollte auch umgesetzt werden – etwa indem in der *European Hydrogen Bank* ein Segment speziell für die Belieferung von in der Transformation stehenden Industrien zu wettbewerbsfähigen Preisen geschaffen wird. Hürden für industrielle Anwender sollten dabei beseitigt werden: So sollten auch solche industriellen Abnehmer Lieferverträge für durch die *European Hydrogen Bank* geförderten Wasserstoff abschließen können, die bereits Transformationsförderungen wie etwa Klimaschutzverträge in Anspruch nehmen – nach den bestehenden Regelungen wird dies ausgeschlossen.
- Ein wirksamer Ansatz mit geringem öffentlichen Mitteleinsatz ist zudem, staatliche Risikoabsicherungen für langfristige Bezugsverträge der Industrie zu ermöglichen.
- Zu Recht weist Draghi der Infrastrukturanbindung eine entscheidende Rolle zu. Ein schneller Ausbau der europäischen Pipelinestruktur ist von maßgeblicher Bedeutung, um einen effizienten Binnenmarkt zu schaffen.

## Grüne Leitmärkte

**Herausforderungen:** Nachfrageseitig muss auf dem europäischen Markt eine Perspektive für klimafreundliche Grundstoffe, die in der EU hergestellt werden, geschaffen werden. Gerade zu Beginn können die emissionsreduzierten Produkte aufgrund der höheren Kosten im Wettbewerb mit grauen Produkten noch nicht bestehen.

**Vorgesehene Maßnahmen im Rahmen des *Clean Industrial Deal*:** Aus den bisher vorliegenden Informationen der Europäischen Kommission geht hervor, dass der *Clean Industrial Deal* Leitmärkte für *Clean Steel* schaffen soll und die öffentliche Beschaffung unter diesen Vorzeichen mit der Präferenz für europäische Produkte reformiert werden soll.

### Standpunkt der Stahlindustrie:

- Dies sollte umgesetzt werden, indem zur Unterstützung der grünen energieintensiven Grundstoffindustrien in Europa die Europäische Kommission konkrete Leitlinien für die öffentliche Beschaffung und das Vergaberecht vorlegt, die zeitnah umzusetzen sind und europäische Produkte begünstigen. Auch auf Endverbrauchermärkten sollten Anreize für den Einsatz von CO<sub>2</sub>-reduziertem Stahl Made in Europe geschaffen werden. Die Klimaeffekte von CO<sub>2</sub>-reduziertem Stahl in der Wertschöpfungskette sind groß, während die Mehrkosten des Endprodukts marginal und vertretbar sind. Durch regulatorische Maßnahmen können vorgelagerte Emissionen von stahlintensiven Endprodukten stärker berücksichtigt werden, um den Einsatz von CO<sub>2</sub>-reduziertem Stahl anzureizen.
- Grüne Leitmärkte können sich in Europa nur dann entwickeln, wenn sie auf klaren Definitionen, Standardregeln zur Zertifizierung und transparenten Einordnungen von Prozessen und Produkten basieren. Dazu bedarf es eines branchenweit abgestimmten Regelwerks, das international anschlussfähig ist. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat dazu mit seinem Konzept „Leitmärkte für klimafreundliche Grundstoffe“ einen wichtigen Schritt gemacht,

welches auf einem Kennzeichnungssystem für CO<sub>2</sub>-reduzierten Stahl nach einer anerkannten und im Einklang mit dem EU-Emissionshandelssystem stehenden Methodik aufsetzt. Auf diesem BMWK-Konzept aufbauend ist der Low Emission Steel Standard (LESS) entwickelt worden, der somit eine robuste Grundlage zur Etablierung von Leitmärkten bildet. Nun ist es wichtig, dass Grüne Leitmärkte auf Basis dieser LESS-Kennzeichnung entwickelt werden – sowohl in Deutschland wie auch auf europäischer Ebene.

## **Kreislaufwirtschaft und Zugang zu Sekundärrohstoffen**

**Herausforderungen:** Resilienz und Transformation erfordern einen Ausbau des zirkulären Wirtschaftens in der EU. Die passenden Rahmenbedingungen sind jedoch noch nicht etabliert.

**Vorgesehene Maßnahmen im Rahmen des *Clean Industrial Deal*:** Die neue Kommission wird beauftragt, einen *Circular Economy Act 2.0* mit Marktanforderungen für Sekundärmaterialien und Abfällen zu erarbeiten.

### **Standpunkt der Stahlindustrie:**

- Recyclingfähige nachhaltige Werkstoffe und industrielle Nebenprodukte sollten im Vergaberecht Vorrang erhalten, während falsch gesetzte Stoffverbote Kreisläufe nicht zum Erliegen bringen dürfen.
- Mario Draghi betont das notwendige Monitoring der Entwicklung von Schrottexporten und weist auf die benötigte Verbesserung der Schrottqualität und -verfügbarkeit für das Recycling hin. Dies ist zu unterstützen, da der Zugang zu Sekundärrohstoffen sichergestellt werden muss. Die Transformation führt zu einer stärkeren Flexibilisierung bei den Einsatzstoffen, und Stahlschrott ist eine der Möglichkeiten mittels Circular Economy zum Ressourcen- und Klimaschutz beizutragen. Der Bedarf wird steigen - und das weltweit. Deshalb muss wie vorgeschlagen ein Monitoring eingeführt werden, das steigende Schrottabflüsse frühzeitiger erkennen lässt, als das der *Critical Raw Materials Act* (CRMA) bisher vorsieht, und somit zeitgerechte Gegenmaßnahmen ermöglicht.

## **Transformationsförderung**

**Herausforderungen:** Die Unterstützung der industriellen Transformation und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit stößt oftmals an beihilferechtliche Grenzen. Komplizierte, langwierige und unvorhersehbare Verfahren sind neben der mangelnden Kombinierbarkeit von nationalen und europäischen Förderprogrammen problematisch.

**Vorgesehene Maßnahmen im Rahmen des *Clean Industrial Deal*:** Ziel ist es, einen neuen Beihilferechtsrahmen zu entwickeln, der die industrielle Dekarbonisierung und den Ausbau der erneuerbaren Energien fördert sowie die staatliche Beihilfe vereinfacht. Die Erfahrungen aus dem *Temporary Crisis and Transition Framework* (TCTF) sollen hierbei zu Grunde liegen.

### **Standpunkt der Stahlindustrie:**

- Mario Draghi schlägt den Ausbau von Förderprogrammen für CAPEX- als auch OPEX-Kosten vor. Dies sollte nicht nur durch europäische Programme umgesetzt werden, sondern auch weiterhin durch Spielräume auf der nationalen Ebene. Das

europäische Beihilferecht sollte so ausgestaltet werden, dass die industrielle Transformation zur Klimaneutralität unterstützt und dabei die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gesichert wird. Verbesserte Bedingungen für wettbewerbsfähige Energiepreise wie auch einen unbürokratischen Förderrahmen für die Transformation sind essenziell.

- Ein konkretes Beispiel für eine fehlende förderliche Ausgestaltung ist das *Temporary Crisis and Transition Framework* (TCTF). Die Bundesregierung hat auf dieser Basis mit der “Bundesförderung Industrie und Klimaschutz” ein begrüßenswertes Förderprogramm, auch für den Mittelstand, aufgelegt. Aber aufgrund der Vorgaben des TCTF führen sehr restriktive Kriterien, wie unrealistische Vorgaben einer 40 %-CO<sub>2</sub>-Minderung, zu enge Umsetzungsfristen und fehlende OPEX-Förderungen, dazu, dass die Stahlunternehmen die Förderung kaum in Anspruch nehmen können. Hinzu kommen relative geringe Förderquoten insbesondere bei Elektrifizierungsvorhaben und eine Begrenzung auf 200 Millionen Euro. Neben einer deutlichen Verbesserung der Spielräume sollte der TCTF, wie von Draghi vorgeschlagen, über die derzeitigen drei Jahre hinaus entfristet werden.
- Alle Einnahmen aus dem EU-ETS, die aus dem Kauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten durch Stahlunternehmen generiert werden, sollten in Dekarbonisierungsprojekte der Stahlindustrie reinvestiert werden.

### **Ihre Ansprechpartner**

Roderik Hömann | Leiter Energie- und Klimapolitik  
+49 160 5861023 | [roderik.hoemann@wvstahl.de](mailto:roderik.hoemann@wvstahl.de)

Tobias Aldenhoff | Leiter Wirtschafts- und Handelspolitik  
+49 151 16891028 | [tobias.aldenhoff@wvstahl.de](mailto:tobias.aldenhoff@wvstahl.de)

Gerhard Endemann | Leiter Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik  
+49 171 3749891 | [gerhard.endemann@wvstahl.de](mailto:gerhard.endemann@wvstahl.de)

Florian Zweifel | Referent European Affairs  
+49 175 4394484 | [florian.zweifel@wvstahl.de](mailto:florian.zweifel@wvstahl.de)





**Wirtschaftsvereinigung Stahl**  
Französische Straße 8  
10117 Berlin

+49 30 2325546-0

info@wvstahl.de  
www.wvstahl.de

Mitglied im



**LinkedIn:** [www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigungstahl](http://www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigungstahl)

**X:** [www.x.com/stahl\\_online](http://www.x.com/stahl_online)

**YouTube:** [www.youtube.com/stahlonline](http://www.youtube.com/stahlonline)

**Disclaimer:** Es wird keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernommen. Die Inhalte dürfen nur zu rechtmäßigen Zwecken verwendet werden. Die Verwendung der Inhalte erfolgt in eigener Verantwortung der Verwender.